

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 276.

Dienstag, den 26. November 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Junker- und Proletariatspolitik.

Die Junker sind wieder einmal oben auf im Deutschen Reiche. Sie behandeln ihre freisinnigen Blockgenossen wie Schuppiger, und sie werden ohne alles Bedenken dem Reichskanzler die Pistole auf die Brust setzen, wenn er sich wirklich auf das Abenteuer einlassen sollte, die von ihm zur Welt gebrachte Mißgeburt, die „konservativ-liberale Paarung“, durch kleine Zugeständnisse an den Liberalismus aufzupäppeln. Sie wollen dem Block nicht einmal das eine Jahr Schonzeit gönnen, um das doch die freisinnigen Männerchen immer jammern, sondern sie halten ihnen unbarmherzig den Degen der neuen Steuern vor, auf daß sie darüber springen, wie gehorsame Pudel.

Diese junkerliche Politik ist frei von aller Sentimentalität, aber wenn sie sonst kein Vorwurf träge, so wäre nicht viel an ihr auszusetzen. Politik ist kein Schwärmerewergnügen, weder ein ästhetisches noch ein moralisches Schwärmerewergnügen, und wenn es menschlich auch sehr rührend sein mag, so ist es politisch doch sehr lächerlich, daß der bürgerliche Liberalismus sich in wehmütigen Klagen darüber erschöpft, wie gut er es doch eigentlich mit der Welt meine, und mit welchem Undank ihm die Welt lohne. Man kommt in der Politik genau so weit vorwärts, als man die Kraft und den Willen hat, vorwärts zu kommen, und die Junker haben stets den preiswürdigen Grundsatz befolgt, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist.

Auf den ersten Blick mag es als eine überflüssige Grausamkeit erscheinen, daß sie ihre liberalen Blockbrüder gar so tief unterdrücken, daß sie ihnen selbst den beläufigsten Genuß mißgönnen, beim Springen über den Stock ein wenig zu helfen. Was haben denn die Junker von dem Dividenden-Müller, dem Fischbeck, dem Wiemer, dem Bachnick und ähnlichen Geistern zu fürchten? Und was brauchen sie groß die kleinen Brotsamen zu scheuen, womit die Freisinnshelden schon reichlich zufrieden sein würden? Ist es da nicht töricht, so willige Helfershelfer mit aller Gewalt vor den Kopf zu stoßen, auf die Gefahr hin, daß der allzu stark getretene Wurm sich am Ende doch zu krümmen beginne?

In der Tat fürchten die Junker auch weder die Einen, noch scheuen sie das Andere. Aber sie wissen aus eigener Erfahrung, daß der Appetit mit dem Eisen kommt, und sie mögen der Bourgeoisie, die am Ende doch hinter den liberalen Blockgenossen steht, auch nicht einmal den kleinen Finger reichen. Sie gebieten noch über eine sehr starke Macht, ja eigentlich über alle organisierten Machtmittel des Staates. Sie herrschen in der Armee und in der Bureaucratie. Aber sie wissen auch oder empfinden doch mit der Sicherheit eines unheimlichen Instinkts, daß die ökonomische Entwicklung ihrer Klasse eine Wurzel nach der andern zerschneidet, und daß dagegen auf die Dauer nichts zu machen ist. Jedoch eine Klasse, die jahrhundertlang, sei es auch nur auf beschränktem Terrain und unter rückständigen Verhältnissen, geherrscht hat, ergibt sich nicht freiwillig, um so weniger freiwillig, je beschränkter und rückständiger sie ist. Deshalb gebrauchen die Junker rücksichtslos alle Machtmittel, die sie in der Hand haben, und spielen jeden Trumpf aus, den sie auszuspielen können.

Es kommt hinzu, daß sie unter den obwaltenden Umständen die liberalen Blockgenossen ohne jede Gefährdung ihrer eigenen Interessen mißhandeln können. Sie haben ihre ultramontanen Freunde in der Hinterhand, und zwar um so sicherer, als diese Biedermänner nicht früh genug wieder an die Futterkrippe gelangen können. Die liberale Einbildung, daß die Regierung nicht wieder mit dem Zentrum kramen könne, hat ungefähr das Gewicht einer Federfloske. Die Liberalen sollten doch noch aus den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wissen, wie aller Haß der Regierung gegen die schwarze Garde des Papstes aus dem Schornstein fliegt, wenn sie anders bereit ist, neue Steuern zu bewilligen.

Kein Zweifel, daß die Junker an der Sprengung des Blocks arbeiten, wenn sie auch um des lieben Scheins willen mit kaltblütiger Herablassung erklären, sie wollten ganz gerne mitmachen, falls ihre Prinzipien nicht angegriffen würden. Mit diesem Vorbehalt ist nichts oder vielmehr alles gesagt, denn es liegt ganz in der Hand der Junker, ihre „Prinzipien“ für „angetastet“ zu erklären, wenn die freisinnigen Blockbrüder auch nur die schärfste Spitze in die eigne Küche bringen wollen. Die ganze Blockpolitik hängt jetzt an der Frage, wie weit der Prinzipienerrat und die Selbstdemütigung des Freisinn gehen wird, und darüber werden die Verhandlungen des Reichstages bald die nötige Klärung bringen.

Sicher ist nun so viel, daß die Junker in üppiger Siegestrunkenheit den Reichstag beherrschen werden, und um so notwendiger war es, daß sie der preußische Parteitag, der gleichzeitig mit dem Reichstag zusammentrat, mit anerkannter Deutlichkeit an das Ende ihrer Herrschaft erinnerte. Die freudige und frische Kampflust, die die Verhandlungen dieses Parteitages befeuerte, gibt die sicherste Bürgschaft dafür, daß den Junkern hier ein Gegner herangewachsen ist, der für sie noch unüberwindlicher sein wird, als sie selbst für den Liberalismus unüberwindlich gewesen sind. Wir wissen sehr wohl, daß morgen keine Wunder geschehen werden, und daß auch die Arbeiterklasse einen schweren Tanz mit dem Junkertum haben wird, mit dem weder die preußische Krone noch die deutsche Bourgeoisie fertig geworden sind. Aber der endgültige Sieg ist ihr so sicher, wie es sicher ist, daß die ökonomische Entwicklung unaufhaltsam vorwärtsschreitet, auch wenn sich der junkerliche Stiernacken noch so kramphast dagegen stemmt.

Wir sagen das natürlich in keinem fatalistischen Sinne; wir legen nicht die Hände in den Schoß, weil wir uns auf die historische Entwicklung verlassen. Diese Vorbegehungen vor hundert Jahren die bürgerlichen Klassen in Deutschland, die das damalige, innerlich längst verfallene Junkertum sich auswaschen ließen, bis ein kräftiger Stoß von außen das morsche Gebäude zertrümmerte, und die für ihre frevelhafte Säumnis unter der blutigen Geißel einer grausamen Fremdherrschaft büßen mußten. Allein so sehr wir wissen, daß wir uns selbst helfen müssen, so gibt die Gewißheit, um einen längst gefällten Spruch der Geschichte zu vollstrecken, unserem Kampfe den unüberwindlichen Nachdruck, der uns den endgültigen Sieg über das Junkertum verbürgt, wie viele Verzweiflungstriebe noch von dieser rabiaten Klasse in ihrer Todeskrisis zu erwarten sein mögen.

Das Reichsvereinsgesetz.

Dem Reichstage ist gestern der Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes zugegangen. Nach telegraphischer Mitteilung enthält er folgende Bestimmungen:

§ 1. Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln.

§ 2. Jeder Verein, welcher eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und Satzung haben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Woche nach Gründung des Vereins Satzung, sowie Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ebenso ist jede Änderung der Satzung, sowie jede Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Woche nach Eintreten der Änderung anzuzeigen. Satzung, sowie Änderungen sind in deutscher Fassung einzureichen.

§ 3. Wenn eine öffentliche Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstaltet wird, hat hiervon mindestens 24 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erfolgen. Für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betrieb von Wahlen zu politischen Körperschaften beträgt die Anzeigefrist mindestens 12 Stunden. Über die Anzeige soll von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden.

Der Landeszentralbehörde bleibt es überlassen zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen es einer Anzeige nicht bedarf für Versammlungen, die unter Innehaltung der in Absatz 1 bezeichneten Fristen öffentlich bekannt gemacht werden.

§ 4. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der Genehmigung der Stadtbehörde. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen. Das gleiche gilt von Aufzügen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden sollen. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Gewöhnliche Leichenbegängnisse sowie Züge von Hochzeitsversammlungen, wie sie hergebracht sind, bedürfen der Genehmigung nicht.

§ 5. Jede Versammlung, für die eine Anzeige oder Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, muß einen Leiter haben. Der Leiter oder, so lange dieser nicht bestellt ist, der Veranstalter, hat für Ruhe und Ordnung der Versammlung zu sorgen. Er ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 6. Niemand darf in öffentlichen Versammlungen oder Aufzügen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen

stattfinden sollen, bewaffnet erscheinen, es sei denn, daß er vermöge seines öffentlichen Berufes zum Waffentragen berechtigt oder zum Erscheinen mit Waffen behördlich ermächtigt ist.

§ 7. Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

§ 8. Die Polizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung, für die eine Anzeige oder Bekanntmachung oder Genehmigung nötig ist, zwei Beauftragte zu senden. Die Beauftragten haben sich unter Kundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, solange der nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. Den Beauftragten muß nach ihrer Wahl ein angemessener Platz eingeräumt werden.

§ 9. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, von dem Leiter oder, solange er noch nicht bestellt ist, von dem Veranstalter der Versammlung, für die es einer Anzeige oder Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, unter Angabe des Grundes die Auflösung der Versammlung zu verlangen (§ 4 Absatz 1), wenn die Genehmigung nicht erteilt ist (§ 4 Absatz 1—3), 2. wenn die ordnungsmäßige Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird (§ 8, 1 u. 3), 3. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden (§ 6), 4. wenn den Rednern, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten oder sich verbotsmäßig einer nicht-deutschen Sprache bedienen (§ 7), bei Auforderung der Beauftragten der Polizeibehörde vom Leiter oder Veranstalter der Versammlung das Wort nicht entzogen wird. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so sind die Beauftragten der Polizei befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 10. Sobald die Versammlung für aufgelöst erklärt ist, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen.

§ 11. Mit Geldstrafe bis zu 600 Mk., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, oder mit Haft wird bestraft: 1. wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins den Vorschriften über Einreichung von Satzungen und Verzeichnissen (§§ 2, 3 und 4) zuwiderhandelt, 2. wer eine Versammlung oder einen Aufzug ohne vorgeschriebene Anzeige oder Genehmigung (§§ 3, 4, 5, 7) veranstaltet oder leitet, 3. wer unbefugt in einer Versammlung oder einem Aufzuge bewaffnet erscheint oder sich nach ausgesprochener Auflösung der Versammlung nicht sofort entfernt (§ 8).

§ 12. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf durch das Gesetz oder durch die zuständigen Behörden angeordnete Versammlungen.

§ 13. Welche Behörden unter der Bezeichnung „Polizeibehörde“ zu verstehen sind, bestimmt die Landeszentralbehörde.

§ 14. An Stelle des § 72 des B. O. tritt folgende Vorschrift: Der Vorstand hat dem Kreisgericht auf Verlangen jederzeit eine von ihm vollzogene Bescheinigung über die Zahl der Vereinsmitglieder einzureichen.

§ 15. Aufgehoben werden § 17 Absatz 2 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetzblatt, Seite 145, Reichsgesetzblatt 1873, Seite 163), § 2 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 31. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt, Seite 195, Reichsgesetzblatt 1871, Seite 127), soweit er sich auf die besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts über den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts bezieht, § 6 Absatz 2 Nr. 2 des Einführungsgesetzes zur Str.-Pr.-O. vom 1. Februar 1877 (Reichsgesetzblatt, Seite 346). — Die sonstigen reichsgesetzlichen Vorschriften über Vereine und Versammlungen bleiben in Kraft.

§ 16. Unberührt bleiben: die Vorschriften des Landesrechts über kirchliche resp. religiöse Vereine und Versammlungen und über kirchliche Professionen, Wallfahrten, Bittfahrten sowie über geistliche Orden und Kongregationen, die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Vereine und Versammlungen für Zeiten von Kriegsgefahr, Krieg, erklärten Kriegs- (Belagerungs-) Zustandes oder inneren Unruhen (Aufuhr), die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verbindungen ländlicher Arbeiter, Diensthöfen. Die Vorschriften des Landesrechts zum Schutze der Feier der Sonn- und Festtage, sowie der Sonntage, die nicht Festtage sind, beschränken das Versammlungsrecht nur bis zur Beendigung des Hauptgottesdienstes.

§ 17. Das Gesetz tritt am . . . in Kraft. Wir werden auf diese Gesetzesvorlage eingehend zurückkommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wer reizt das Volk auf?

105 Millionen für neue Paradeschiffe — 578 hungrige Kinder!

In der „Tägl. Rundschau“ lesen wir: „Der Berliner Verein für Schulaufsichtspflege hielt eine Sitzung ab, in der Schularzt Dr. Bernhard seine Erfahrungen über die Ernährungsverhältnisse Berliner Gemeindeschüler“ vortrug. Wie schon früher mitgeteilt worden, sind im Durchschnitt die Schüler der höheren Schulen denjenigen der Gemeindeschulen in der körperlichen Entwicklung wesentlich überlegen; auf die Gewichts- und Längenzunahme der Kinder sind die sozialen Einflüsse zweifellos von einschneidender Bedeutung. Dr. Bernhards Beobachtungen erstreckten sich auf 8451 Schulkinder. Von diesen waren in der Woche insgesamt ohne häusliches Frühstück 578! Appetitlosigkeit der Kinder, die einer gewissen Nervosität entspricht, bildete eine Hauptursache, in einer sehr erheblichen Anzahl von Fällen auch Nachlässigkeit. Und diese? Sind sie nicht ebenfalls Folgen der Unterernährung? Redaktion des „Lübcker Volksb.“ Fernere tief bedauerliche Gründe sind aber gemerklie Arbeit vor der Schule, Krankheit der Mutter und Armut. Ein erheblicher Prozentsatz der Gemeindeschulkinder muß sich, wie weiter festgelegt ist, mit einem überaus spärlichen Ertrag für Mittagessen begnügen. Stullen, Brötchen und Kaffee müssen den Magen über das fehlende Mittagessen hinwegtäuschen. Recht groß ist die Zahl der Kinder, die erst abends ihre Hauptmahlzeit einnehmen. Von vieren weiß diese Statistik sogar zu melden, daß sie überhaupt kein eigentliches Mittagbrot erhalten.“

Wie paßt diese Mitleidung doch so trefflich zu den neuen sterblichen Flottenplänen der Regierung? Auf der einen Seite Fütterung der „Nationalen“ mit Millionen, auf der anderen Verstampfung der Nation durch ein hungrig aufwachsendes Geschlecht! Wer also reizt auf?

Zunehmende Last;

Ein „juristischer Mitarbeiter“ bespricht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem Regierungsmoniteur, die Vorschläge des Professors Dr. von Bahler zur Strafrechtsreform und meint dabei:

Es dürfte indessen begründeten Zweifeln unterliegen, ob mit diesen Vorschlägen in der Praxis viel gewonnen sein würde, vielmehr liegt der Ausgang des Prozesses vielmehr die Frage nahe, ob es nicht im Interesse eines ausbleibenden Schadens der höchsten Staatsgüter geboten ist, die schwersten Strafen gegen diese Täter, soweit nicht die Todesstrafe Flag greift, ausschließlich unter Dachhaustrafe zu stellen.

Sehr einfach! Aber noch einfacher wäre: Die Angreifer der höchsten Staatsgüter ohne Richterwahl an die Kaiser stellen und tödigen.

Eine Milliarde mehr!

Unsere Flottenpolitiker müssen nunmehr zugeben, daß der Marinismus sich ins Unerlöschliche ausweicht. Bei der Flottenverleugung wieder sie anfangs ein erhaben-liches Dornröschen. Selbst der Freijahrer stellte sich so widerständig, so polizeiständig heraus, als ob er nicht begriffen hätte, daß der Bau von fünf Einleckschiffen mehr, und zwar innerhalb vier Jahren, eine ganz ungeheuerliche Mehrbelastung darstellt.

Aber die Budgetauspolitik des Block-Syndikats läßt sich nicht länger durchführen! Bekannt doch ist die „Deutsche Tageszeitung“, daß man angestrebt und offen die starke Erhöhung der Flottenausgaben „gegründet“ münze, die durch die Deckung zum Marineetat in Aussicht gestellt werde. Nach dieser amtlichen Zustimmung beträgt nämlich die Mehrausgabe für unsere herrliche Kriegsmarine — nicht etwa gegenüber dem Budget der Vorlage von 1900, sondern gegenüber dem Marineetat von 1906! — für die nächsten zehn Jahre nicht weniger als eine Milliarde, also

tanische Millionen Mark!

Es werden nämlich mehr verlangt:

1908	32,34	Millionen
1909	98,15	„
1910	125,45	„
1911	141,35	„
1912	123,35	„

Und so weiter!

Und hier die Bilanzausgaben mehr und unermesslich, was der von freijähriger Seite als „sehr bescheiden“ bezeichneten neuen Flottenverleugung!

Und das alles mit der eben erwähnten Freijährigen! Der Geist des Agrariers Bülow und seiner Zerkörperer wegen, die für ihre Panzer-Plattenschiffe die jetzigen Brot- und Strichwucherpreise einheimen!

Herr, hilf uns aus der Not!

So sieht die „Nationalz.“ den „Bauer des Bodens“, den verabschiedeten Reichskanzler Bülow an, um Hilfe gegen den neuen Steuern bedrückenden Reichshauptmann, der nicht die Verantwortung für eine Fortführung der Panzerflottenverleugung will, damit aber den Block und besonders die linke Hälfte derselben zu Verwerfung zu bringen droht. Der Reichshauptmann wird für alles bedrohende Unheil verantwortlich gemacht und Bülow heimgeworfen, der nun ihm selbst gegenüber Verantwortung zu übernehmen. Das geschieht also:

Es vor wenigen Wochen noch konnte sich die Flotte in Reichshaus gegenüber des amnisierten Staats. Und gerade in Reichshaus gegen die Flottenverleugung ausgerechnet. Da Bülow sich genötigt sah, Verantwortung für die Reichshausgegenüber und Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Flottenverleugung ist ein Verbrechen in der Welt der Flottenverleugung. Und unermesslich bedrohend die Flottenverleugung, die unermesslich bedrohend die Flottenverleugung.

eine merkwürdig ungeschickte Hand gehabt hat, die Differenzen, indem er es unterließ, gleichzeitig einen Deckungsentwurf zu veröffentlichen. So besorgte er in Wahrheit — vielleicht unfreiwillig — die Geschäfte des Zentrums, und heute schon gehen die Wogen des Streits zwischen konservativ und liberal beinahe so hoch, als wenn es nie einen Block gegeben hätte. Und das danken wir allein dem Reichschatzsekretär Freiherrn v. Stengel und seiner Finanzkunst. Aufgabe des Reichskanzlers wird es jetzt sein müssen, die verwirren Fäden auseinanderzubringen und zu ordnen. Für eine Unmöglichkeit halten wir das keineswegs, haben doch die Freisinnigen bereits zu verstehen gegeben, daß sie für ein vernünftiges Spiritusmonopol unter Umständen zu haben sind... Der Reichskanzler ist ein geschickter Redner und ein geschickter Diplomat, aber er wird alle seine Kräfte spielen lassen müssen, um die divergierenden Elemente unter einen Hut zu bringen. In erster Linie aber wird er sich mit dem Partikularismus des preussischen Herrn Finanzministers auseinandersetzen und diesem klarzumachen haben, daß es kein gesunder Zustand ist, wenn Preußen im Gelde nicht die Aufgabe des preussischen Finanzministers sein kann, durch passive Resistenz der Reichspolitik Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Ist erst einmal dieser Widerstand einem sanften Druck gewichen, dann glauben wir, ist der Weg zu einer Verständigung des Blocks über die Finanzreform schon zu einem großen Teile zurückgelegt.“

Das Vertrauen der „Nationalz.“ zu „ihrem“ Bülow ist geradezu rührend. Aber leider ist Bülow nicht der Herrenmeister, der „die Fäden entwirren“ und so die Blockgefahren vor der gefährdeten Probe bewahren kann. Zu entwirren gibt es da nicht viel. Der Riesendalles ist da und die wichtigste „nationale“ Frage wird sein, Geld zu schaffen, damit Militarismus und Marinismus ihren Hunger stillen können. Dazu hilft kein Maulspitzen mehr, jetzt muß gepöpselt werden, mag es den Blockleuten auch noch so teuer ankommen.

Vergebliches Bemühen.

Das Befahren wegen Majestätsbeleidigung gegen die „Königliche Volkszeitung“ ist eingestellt worden. Das war sehr gut. Man weiß nicht, wie man das Zentrum wieder brauchen kann.

Die Börjens-Reform.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verbreitet sich in einem längeren Artikel über den dem Reichstag soeben zugegangenen Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Börjengesetzes. Der Entwurf beschränkt sich im wesentlichen auf die Regelung des Börjens im handels- und nicht weiter einige Änderungen der Vorschriften über die Zulassung von Wertpapieren vor. Die Änderungen bezwecken namentlich die Einführung von Reichs- und Staatsanleihen, sowie Schuldverschreibungen der öffentlichen Kreditanstalten, insbesondere der landwirtschaftlichen Pfandbriefe an den Börjen zu erleichtern. Den Landesregierungen wird die Befugnis gegeben, zu gestatten, daß Wertpapiere, die schon an einer deutschen Börse zum Handel zugelassen sind, an anderen Börjen ohne Veröffentlichung der Prospektie eingeführt werden dürfen. Der Entwurf soll eine endgültige klare Regelung des Börjens-termingeschäftes herbeiführen. Er hält am Ziel des Börjens-termingeschäftes fest, nämlich dem Abschluß des Terminhandels ohne Gegenüberstellung berechtigter Interessen entgegenzutreten. Der Entwurf beseitigt oder solche Maßregeln, die sich als zweckwidrig und schädlich erwiesen haben, und verwendet zur Abgrenzung der wirksamen von den unwirksamen Geschäften nicht mehr mechanische Mittel des Börjens-termingeschäftes, sondern sucht die subjektiven und objektiven Unterscheidungsmerkmale im Gesetz selbst festzulegen. Im Börjensgesetz war eine Begriffsbestimmung des Börjens-termingeschäftes enthalten. Der Entwurf hebt von der Begriffsbestimmung ab und läßt der Rechtsprechung freie Hand. Das Verbot des Terminhandels in Getreide und Mehl bleibt bestehen. Dem Verbot gegenüber abgejaspelte Geschäfte sind unwirksam. Die Sicherheiten, die für verbotene Geschäfte bestellt werden, sollen rückforderbar bleiben, auch durch Verrechnungen soll die Verbindlichkeit nicht begründet werden können. Die Rückforderung des nach Abschluß des Geschäfts wirklich gezahlten bleibt ausgeklammert. Dem Bundesrat soll die Befugnis verbleiben, Börjens-termingeschäfte in bestimmten Waren und Wertpapieren zu verbieten. Das Verbot des Terminhandels in der Bergwerksfabrikation findet sich in dem Entwurf nicht wieder. Erlaubte Börjens-termingeschäfte können vollständig abgeschlossen werden zwischen Volkshausleuten, gewöhnlichen oder früheren Börjensbesitzern, Vorstandsmitgliedern der Banken, sowie Ausländern. Die Börjens-termingeschäfte des Publikums sollen insoweit zugelassen werden, als ein Pfand besteht wird. Der Entwurf behält aber die Hoffnung des Publikums aus den Geschäften auf das Pfand. Für als wirksam anerkannte Börjens-termingeschäfte wird die Aufsicht durch den Bundesrat ausgeschlossen.

Nationalliberale Wahlkapitulationen.

In den Feiern des Reichstages erzählt man sich am Sonntag, anläßlich des nationalliberalen Parteitag in Wiesbaden habe der Abgeordnete Baffermann in einer vernünftigen Sitzung geäußert, der Block werde keine lange Lebensdauer haben, sondern bald an der abweichenden Meinung der Linksliberalen zugrunde gehen. Gesetze das und erwiderte alsdann ebenfalls eine Auflösung des Reichstages, so müßte die ganze Schuld für diesen Zusammenbruch des Blocks den Linksliberalen zugeschrieben werden. Die Nationalliberalen hätten dann die Aussicht, einen großen Teil der Mandate der Linksliberalen zu erobern — und damit wäre dann ein neuer Block gesichert.

Es erscheint als nicht ausgeschlossen, daß Herr Baffermann sich wirklich damit geäußert hat, doch dürfte seine reine Spekulation sich als verfehlt erweisen. Einmal hat sich ein großer Teil der Wähler hundert Licht führen lassen, ein zweites Mal dürfte es nicht gelingen. Auch hat sich unermesslich die innerpolitische und wirtschaftliche Situation des Reiches sehr erheblich verändert und wesentlich nicht zugunsten des Blocks.

Zunehmen geben die Unannehmlichkeiten des Zusammenbruchs des Blocks für das Verhalten der Nationalen und

Genossen, die durch ihr gehorsames Einschwenken zu bekommen suchen, daß sie nicht dazu beitragen möchten, den Block zu sprengen. Für unsere Parteigenossen heißt es die Augen offen und das Pulver trocken zu halten. Man soll uns nicht überraschen.

Ein boshafter Vorschlag.

Die Sprachenfrage im projektierten Reichsvereinsgesetz macht bekanntlich den Herrschaften vom Block schwere Kopfschmerzen; gegen die reaktionäre Bestimmung, die die Zulassung einer anderen als der deutschen Sprache in Versammlungen der Landesgesetzgebung überlassen will, hätten auch die linken Blockbrüder zwar selbst nichts einzuwenden, aber sie fürchten sehr, daß man im Volk anders denkt, und daß das Sasagen gerade bei diesem Punkte ihnen schlecht bekommen würde. Da macht nun ein clerikales Blatt, die „Köln. Volksz.“, einen ausgesucht boshafter Vorschlag, der die Anglistenklammern der „Liberalen“ noch vermehren muß. Mit musterhaft gespielter Ernst wird zunächst dafür plaidiert, daß der Reichstag die ganze Materie allein regeln und der Landesgesetzgebung nichts überlassen sollte. Dann heißt es: „Sollten aber dem Partikularrecht noch Einzelheiten vorbehalten bleiben, so könnte der Reichstag diese nur solchen Einzelstaaten geben, deren eine Kammer aus allgemeinen, direkten, geheimen und gleichen Wahlen hervorgeht. Man hätte damit den Einzelstaaten eine Prämie gesetzt für Einführung des Reichstagswahlrechtes; dieser Gedanke ließe sich auch bei andern Gesetzen verwerten, die den Einzellandtagen Befugnisse geben wollen, die das Gebiet der staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte berühren falls der Bundesrat nicht mit einem großen Zuge die Sache lösen will.“

Man denke sich den Block-Reichstag, der durch Entziehung gesetzgeberischer Rechte Preußen dafür bestraft, daß es am elendesten aller Wahlsysteme festhält — und man versteht den grimmigen Hohn, womit das Zentrum-organ die Mehrheitsparteien überschüttet.

Die Geschäftsdispositionen des Reichstages.

Der Seniorenkongress des Reichstages hat am Sonntag über die geschäftlichen Dispositionen für die nächste Zeit Bestimmung getroffen. Danach sollen am Montag und Dienstag neben den Interpellationen der Sozialdemokraten und der Konservativen eventuell die Gesetzentwürfe über den Privatversicherungsvertrag und die Sicherung der Bauordnungen in erster Lesung beraten werden. Nach der Lesung des Etats- und Flottengesetzes sollen weiter noch vor Weihnachten die ersten Lesungen der Börjensgesetz- und der Vereinsgesetzvorlage stattfinden. Freie Tage sollen vor der Weihnachtsvertretung nicht eintreten; man hofft, am 18. Dezember in die Weihnachtsferien gehen zu können. Am Mittwoch soll Schwerinstag abgehalten werden. Nach der Geschäftsordnung kommt einer der zu Beginn der Reichstagsession von den Sozialdemokraten eingebrachten Anträge zur Beratung, und zwar der Antrag, der für jeden Bundesstaat eine Volksvertretung fordert, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt ist und zu der alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts wahlberechtigt und wählbar sind. Zu Rednern hat die Fraktion für diesen Gegenstand die Genossen Emmel und Richard Fischer bestimmt.

Die Novelle zur Gewerbeordnung,

die dem Bundesrate vorliegt, ist nunmehr von den zuständigen Ausschüssen in Beratung genommen worden. Die Verhandlungen dürften etwa ein bis zwei Wochen dauern, so daß die Beschlußfassung im Plenum des Bundesrates und die Einbringung des Entwurfs im Reichstage jedenfalls noch vor Weihnachten erfolgen.

Ein Viehschengefetz

ist dem Reichstage zugegangen, es enthält u. a. Bestimmungen über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Rußland.

Heitige — Zuckerbrot. In Kiew wurden 683 Studierende wegen Abhaltens von Versammlungen zu Gefängnisstrafen verurteilt bzw. mit Geldstrafen bestraft. — Einem Schtruppenverein im Gouvernement Jekaterinoslaw schenkte der Zar sein Porträt mit eigenhändiger Unterschrift.

Die Zarenshergen an der Arbeit. Wie das Schwarzhundertlerorgan „Kijewskanin“ mitteilt, gelang es den Zarenshergen, die Delegierten der sibirischen Konferenz der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands ansitzig zu machen und zu verhaften. Diese Konferenz fand am 9. November in Kiew statt; zugegen waren die Vertreter der Organisationen von Jekaterinoslaw, Charkow, Lugansk, Kiew und die Vertreter des ukrainischen Verbandes „Spilka.“ Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: die Wahl von Delegierten für die allrussische Konferenz, die Eröffnung der Duma und der bevorstehende Prozeß der Dumafraktion. Die Kiewer Geheimpolizei stellte die Persönlichkeit der Delegierten fest und beschloß, sie bei der Abreise aus Kiew zu verhaften. Verhaftet wurden vier Kongreßteilnehmer sowie der als Delegierter für die allrussische Konferenz gewählte Paul Stejschkin. Bei den Verhafteten wurden Parteidokumente, Mandate, Berichte u. a. vorgefunden.

Oberreith-Ungarn.

Zur Lebensmittelversorgung. Etwa vier bis fünf-tausend Personen hielten wegen der hohen Lebensmittelpreise eine Protestversammlung ab, in der sozialdemokratische Führer Ansprachen hielten. Hieran schloß sich ein Umzug durch die Straßen der Stadt.

Portugal.

Die Lage in Portugal ist infolge des diktatorischen Vorgehens des Ministerpräsidenten Franco äußerst ernst. Nach dem Beispiel seiner russischen Kollegen verläßt der König seinen von Truppen streng bewachten Palast nicht mehr. Die republikanische Bewegung nimmt an Umfang zu, von derselben sind auch eine große Anzahl Offiziere

Sarg-Magazin

Fernsprecher 427. Gebr. Müter

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.
Eiserne Grabkreuze.

Ihre Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a. Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr entließ nach langem schweren Leiden unsere gute Mutter

Magdalena Harder,
geb. Kettelhohn.
Im fast vollendeten 64. Lebensjahre.
Dies zeigen an die Hinterbliebenen.
Familie Harder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 2 Uhr vom Vorwerk Friedhof aus statt. Trauerfeier 1 1/2 Uhr.

Danksagung.
Allen denen, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie ihren Mitarbeiterinnen und Herrn Pastor Bernhardt für seine trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen sagen unsern tiefgefühlten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Karl Harder nebst Sohn.

Für die freundliche Unterstützung seitens meiner Kollegen vom Danziger „Polain“ sagen herzlichen Dank.
H. Fadmann und Frau.
Gesucht zum 1. Dezember oder 1. Januar **1000 Mk. in ein städt. Grundst.**
Off. u. W. K. an die Exped. d. Bl.
Gehört zu Ditzern:

Lehrling.
J. Westphal.
Klempner und Mechaniker.
Engelstraße 13.

Zu kaufen gesucht:
ein gr. guterb. Kutschenwagen
Off. u. M. S. an die Exped. d. Bl.

Grundstücks - Verkauf.

Am Montag, den 2. Dezember ds. J., nachm. 1 Uhr, in **Schünemanns Gasthof in Rendsburg** 33 Stat. Kl.-Berkenthin in Lbg:
Möbel, Gebüde mit Stupa, 1 Zehf. an Obst- und Gemüsepflanzen mit 100 1/2 Jahren gut gebaueter Krümmerei.
Die Bedingungen werden beim 1/2 v. des Ort vorgelesen. Nur ein Gebotsrecht und soll der günstigste Preis dem Höchstbietenden schon der Zuschlag werden.
Ein altes antikes Kupfer 1/2 v. zu stellen. Schützenstraße 20 II.

Zu verkaufen eine kleine 1/2 v. in 1. Hand.

Wäsche für junge Leute, auch Herrenwäsche nimmt entgegen.
Hansen, Kellerei 2a.

Ein Frau möchte noch etwas Wäsche für junge Leute in Kauf nehmen.

Damen- u. Kinder-Garderoben

als Klavierbiederin
Kau Pries, Mühlenstraße 19.

Ausgefärrtes Haar

wird zu höchsten Preisen gekauft
Bedstraße 99, II

Dorsch- u. Spar-Verein in Lübeck.

Speziallagen werden vom ersten Januar 1908 an zu dem erhöhten Satz von **3 1/2 v. H.** verzinst; feste Belegungen nach Uebereinkunft.
Die Sicherheit der beim Verein belegten Gelder ist beinahe ausschließlich unangetastet und durch eine mehr als vierzig-jährig, gewissenhafte Geschäftsführung erprobt.
Sitz d. V. Sonntag 1907.
Der Vorstand.
Herr Koch

Grüb- und Brotwurst.

Mühlenstraße 11, Ecke Mühlenstraße

Heinr. Hagelstein, Königstraße 85, b. d. Wahnstr.
empfiehlt vorzügliche 5- und 6-Pfg.-Zigaretten, Zigaretten, Rauch- und Kautabake.
Geld-Lose Nr. 1.—. Ziehung 5. und 6. Dezember.

ULLSTEINS WELTGESCHICHTE

Die Geschichte der Menschheit; ihre Entwicklung in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben,
herausgegeben unter Mitarbeit von 23 hervorragenden deutschen Gelehrten von
Prof. Dr. J. von Pflugk-Hartung
Archivar am Königlichen Geheimen Staatsarchiv zu Berlin

Keine Weltgeschichte im alten Sinne des Wortes will dieses Werk sein, keine bloße Aufzählung von Kriegen und Schlachten, von Fürsten und Königen, von höfischen und diplomatischen Verwicklungen will es bieten. — Was es gibt, ist unendlich mehr, ist eine Darstellung des gesamten menschlichen Strebens und Wirkens nach jeder Richtung hin, ist schiedlich die „Geschichte der Menschheit“. — Mit dem Herausgeber Professor Dr. J. von Pflugk-Hartung haben sich die hervorragendsten Gelehrten zur Abfassung dieses monumentalen Werkes verbunden. Von der Urzeit, die der Beitrag von Ernst Haeckel veranschaulicht, bis zur unmittelbaren Gegenwart, die in Karl Lamprecht



ihren Darsteller gefunden hat, werden sämtliche Epochen der Menschheitsgeschichte von ihren berufensten Kennern geschildert. Unterstützt und veranschaulicht wird die Darstellung durch Tausende von Illustrationen, bunte und einfarbige Tafeln, Darstellungen nach zeitgenössischen Kupferstichen, Holzschnitten, Flugblättern, Karikaturen, Karten, Münzen etc. Auf diesen Bilderschmuck wurde ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Langjährige, eifrige Arbeit in Bibliotheken, und Archiven, in Klöster und Museen, im Inland und Ausland, hat es ermöglicht, ein Material zu veröffentlichen, wie es in einer solcher Seltenheit und Vollständigkeit noch nie geboten wurde.

„Ullsteins Weltgeschichte“ erscheint in zwei Gruppen: „Aeltere Zeit“ und „Neuere Zeit“. Jede Gruppe ist in sich abgeschlossen und umfasst 80 Lieferungen à 60 Pfg. oder 3 Bände à 20 Mk. in dem von Prof. Franz v. Stuck entworfenen Originaleinband.
Zuerst erscheint die „Neuere Zeit“. Verlangen Sie sofort kostenlose unverbindliche Ansichtsendung der ersten Lieferung, oder nehmen Sie Einsicht in des ersten Band bei:

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 46.

Dilettanten-Klub 'Freiheit' von 1906.

Großer theatralischer Abend
am Donnerstag, den 28. November
im Lokale des Herrn Gutsche, „Neu-Lauerhof“.

- Zur Aufführung gelangen:
1. Eine Ueberraschung mit Hindernissen.
 2. Herr und Sklave.
 3. Georg Meier oder de Jernbahn up Jernmaru.
- Kaufpreisung 7 : Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr präz.
Eintrittspreis 25 Pfg. a Person. Programm frei.
Kinderkarten à 10 Pfg. nur an der Kasse.
Das Komitee.

Tonhalle.

Der gute Grossvater

nur noch Dienstag, Mittwoch und Donnerstag.

Johs. Tollgreve
Gold-, Silber-, Alfenidewaren.
Schmuck- und Feinwerkzeuge.
Trauringe.
Schmuck- und Reparaturwerkzeuge.
Rote Silber-Marken.

Abreisenden
ausgegeben und nachgegeben werden Gegenstände aller Art, wie: Uhren, Koffer, etc. im Gegenstand u. Sachverständigen. **Tagung 32.**

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 54

Durch großen **Abchluss** bin ich in der Lage, für **1.40 Mk.** einen

feinen Kakao zu liefern. Derselbe kommt nur in 1/2- und 1-Pfd.-Paket zum Verkauf; größere Quantitäten werden nicht abgegeben.
H. Bülck
Kaffee- und Teehandlung
Sternstr. 149, Breitestr. 54.

Ewald Rieckermann, Damen-Friseur,
Kupfergasse 10
empfiehlt sich zur Anfertigung sämtlicher Haararbeiten, auch von ausgefärrten Haaren.
Spezialität: Puppenfrisuren. Kein Laden.

Achtung Flussschiffer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 27. Nov.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Ausspielen
von **fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch**
auf einem Zieh-Billard
am Sonntag, den 1. Dezember.
Hierzu **Otto** Mühlenstr. 13.

G. Sahlmann's Restaurant,
Mühlenstraße 41.
Ausspielen von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Mittwoch, den 27. November.
Anfang 10 Uhr vormittags.
Eintritt 50 Pfennig.
G. Sahlmann.

Konzerthaus Friedrichshof.
Morgen Mittwoch, den 27. November:
Gr. Tanzkränzchen.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 27. November 1907.
abends 8 Uhr
im **Kolosseum:**
9. Volkstüml. Konzert
(Orchester: 52 Musiker).
Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Emil Corbach (Cello).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Prometheus“ L. v. Beethoven.
Konzert für Cello in D-dur J. Haydn.
Ouverture zu „Dichter und Bauer“ F. v. Suppé.
Wiener Blut, Walzer J. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etage.
vom 24.—30. November:
Schlesien
Grafschaft Glatz.

Hansa-Theater
Letzte Woche des **November-Spielplans.**
Vorverkauf bei Zager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Proscenium.)
Direktion: Ludwig Piorkowski.
Mittwoch: Keine Vorstellung.
Donnerstag:
Der Troubadour.
Leonore — Helen Reusch. Manrico — Otto Janger. Luna — Werner Engel.
Freitag: 1. Literarischer Abend!
Philotas. Von Lessing.
Der Bürgergeneral. Von Göthe.
Der zerbrochene Krug. Von Kleist.
Sonabend:
Die versunkene Glocke

beschränkt, die Titel der Bücher zu verzeichnen, sondern er hat auch eine kurze Kennzeichnung des Buches beigefügt, um den Eltern dadurch die Auswahl zu erleichtern. Ein Titel belagt oft wenig über den eigentlichen Inhalt des Buches, während sich aus den kennzeichnenden Worten leichter ersehen läßt, ob sich ein Buch für das eigene Kind und seinen besonderen Neigungen und Eigenschaften eignet. Der Bildungsausschuß gibt sich der Hoffnung hin, daß das Verzeichnis sich als ein Führer durch die verwirrende Masse der auf den Buchmarkt gekommenen Jugendliteratur erweisen wird. Insbesondere hofft man, daß kein denkender Arbeiter, dem seine Kinder lieb sind und der die hohe Bedeutung der Jugendliteratur auf den künftigen Geist und das künftige Gemüt zu beurteilen weiß, fürderhin auch nur einen Wunsch für die vorliegenden oder veränderten Nachwerke auspricht, die sich zu Weihnachten als Geschenkliteratur auf dem Büchermarkt zeigen. Das Verzeichnis des Ausschusses enthält Bücher für alle Altersstufen und zu den verschiedensten Preisen, so daß jeder Arbeiter darunter leicht das für seine Verhältnisse am besten geeignete Buch finden wird.

Eine dringende Bitte aus dem Kampfe des Reichsländerverbandes wurde dieser Tage vor der Berufungskammer des Reichs in der Landgerichtsverpflichtung, Angeklagter war der ehemalige Redakteur der Bergarbeiterzeitung, Genosse Leimerters. Kläger war Herr Ermer, verlassener Gewerkschaftsleiter des christlichen Gewerkschaftsverbandes, ehemaliger Angehörter des Konsumvereins der Siegerländer Bergleute, nachmaliger Agitator des Reichsländerverbandes und jetziger Kandidat des Königsreinen Bergarbeiterverbandes des Fürstentums. Genosse Leimerters hatte diesem verschiedenen Mann eine vielseitige Betätigung vorgeordnet. Als Gewerkschaftsleiter des christlichen Gewerkschaftsverbandes oder des Bergarbeiterverbandes mit mehreren Schriftstücken und persönlichen Interviews sowie mit Berichten über die Verhandlungen bedient, als Angehörter des Konsumvereins hatte er den Verband um 20000 Mk. angenommen, ferner sei er an eine Düsseldorf-Dieterichs herangetreten und habe von diesem Auftrag des Konsumvereins 3 Proz. Ertragsverteilung verlangt. Diese Charakterzüge des inneren Verhältnisses erwies sich vor Gericht als richtig und Gen. Leimerters wurde wegen formaler Verletzung zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Deutscher Reichstag.

Originalberichte des Abgeordneten Vollbecker.

Berlin, den 23. November 1907.

17. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Vortage: v. Bethmann-Hollweg, v. Arnim-Golow.

Nach dem Bericht der Kommission über die Verhältnisse der Arbeiter in der Textilindustrie (S. 10). Was geschieht bei der Arbeitslosigkeit in den ungenügend hohen Preisen der Lebensmittel entgegen?

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit bereit.

Zur Begründung der Arbeitslosigkeit erklärt das Wort

Scheidemann (S. 10). Er kann in den letzten Jahren eine recht günstige Wirtschaftspolitik. Die verschiedenen Verhältnisse aber, die in diesen Jahren eingetreten sind, verhindern die vollständige Ausführung der gewerkschaftlichen Organisationen, die von den Arbeitern mit aller möglichsten Energie betrieben werden und dem Gewerkschaftsverband der Arbeiter in den ungenügend hohen Preisen der Lebensmittel entgegen. Er kann in den letzten Jahren eine recht günstige Wirtschaftspolitik. Die verschiedenen Verhältnisse aber, die in diesen Jahren eingetreten sind, verhindern die vollständige Ausführung der gewerkschaftlichen Organisationen, die von den Arbeitern mit aller möglichsten Energie betrieben werden und dem Gewerkschaftsverband der Arbeiter in den ungenügend hohen Preisen der Lebensmittel entgegen.

Lebensmittel in den letzten 10 Jahren um 33 1/2 Proz. konstantiert. Einige und zwar gerade die wichtigsten Lebensmittel sind um einen noch viel höheren Prozentsatz gestiegen. Der Durchschnittspreis für Weizen hat sich in den letzten zwei Jahren um 56 Proz. erhöht. (Hört! Hört! bei den Soz.) Roggenmehl ist um 41 Proz. gestiegen. (Wiederholtes Hört! Hört! bei den Soz.) Bei den Kartoffeln, dem wichtigsten Nahrungsmittel der breiten Volksmassen, beträgt die Steigerung 12 Proz. Als ich vor zwei Jahren über diesen Gegenstand sprach, stimmte mir namens der freimüthigen Herr Wiener bei. Die Debatte wird ergeben, ob die freimüthigen im Zeichen der Hochpolitik ihre Meinung auch über diesen Gegenstand geändert haben. — Gemüthlich die Schweinefleischpreise zurückgegangen — es gehört aber keine besondere Prophezeie dazu, um zu verkünden, daß sie sehr bald wieder steigen werden. Die Preise für die übrigen Fleischsorten, Kalbfleisch, Hammelfleisch usw. sind gestiegen. Der Handel schiebt die Schuld auf die Agrarier, die Agrarier schieben sie auf den Zwischenhandel. Ich bin neugierig, ob dieser Spalt im Block auch heute zutage treten wird. Viel zu wenig wird die Erhöhung der Preise auch jener Kreise betrachtet, die nicht zu den eigentlich notwendigen Lebensmitteln gehören, aber doch für den Konsum der breiten Massen der Bevölkerung außerordentlich wichtig sind. Ein Großhändler schrieb mir, daß nach seinen Berechnungen die Summe, die auf diese Weise den Konsumenten aus der Tasche gezogen wird, nicht kleiner ist als die Summe, um die die notwendigen Lebensmittel gestiegen sind. Der Händler machte mir eine Aufstellung, aus der sich u. a. bedeutende Preissteigerungen der amerikanischen Zerkel, des Weizens, der Linsen, Erbsen, Nudeln, der Schokolade, ergeben. Es steht also unbestreitbar fest, daß die breiten Volksmassen, nicht nur Arbeiter, sondern auch Beamte, kleine Geschäftsleute, kleine Handwerker dem kommenden Winter nur mit der größten Sorge entgegenzusehen können. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Diese Teuerung ist die notwendige Folge einer geradezu verbrecherischen Agrarpolitik. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Widerspruch rechts.) Obwohl die deutsche Landwirtschaft nicht die inländischen Fleischkonsumen nicht decken kann, wird die Viehein- und in der inländischen Viehzucht. Dieselben Leute, die die Grenzen sperren, um das deutsche Schwein zu schützen, sind es, welche gar nicht weit genug die Grenzen öffnen können, um ausländische Vorräte hereinzulassen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Dieselben Leute wieder sind es, die in das uns heute zugegangene Vereinsgesetz Bestimmungen haben aufnehmen lassen, die es verhindern sollen, daß man zu diesen ausländischen Arbeitern in ihrer Muttersprache reden und sie über ihre Solidaritätspflichten aufklären kann. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) — Wie die deutsche Landwirtschaft nicht den deutschen Fleischkonsum decken kann, so kann sie auch nicht unsern Bedarf an Brotfrucht decken. Wir sind also aufs Ausland angewiesen. Daher ist es geradezu eine Ungeheuerlichkeit, daß alle möglichen Schwierigkeiten aufgeworfen werden, um diese Einfuhr zu erschweren. Die schlechte Ernte, die ja auch die Agrarier zugeben müssen, ist keineswegs der einzige Grund der außerordentlichen Preissteigerung. Früher bezogen wir große Mengen von Getreide aus Amerika, dessen jungfräulicher Boden noch von keiner Grundrente belastet war und von fleißigen, aus Deutschland fortgeschickten Bauern (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Anruhe rechts) arbeits gemacht wurde. Jetzt hat die amerikanische Konsumtion aufgehört. Ein weiterer Grund für die Preissteigerung ist die geradezu unglückliche Tatsache, daß man in Handelslöcher Weise den Getreideexporteuren Ertragsminderungen zahlt. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz. Anruhe rechts.) Wir haben es mit einem vollkommenen System der Ausplünderung der deutschen Bevölkerung zu Gunsten der Großgrundbesitzer zu tun. (Lebh. Widerspruch rechts. Zustimmung bei den Sozialdem.) Alles Dröhen und Wenden hilft nichts; unsere Getreidepreise sind die höchsten in der Welt und haben genau um den Betrag der Zölle über dem Weltmarktpreis. Von der Preissteigerung, die die Höhe herabzuführen, wandert nur etwa ein Zehntel, höchstens ein Zehntel, in die Reichskasse; das andere fließt in die Taschen der Agrarier. Diese agrarischen Magnaten sind aber keineswegs zufrieden mit der deutschen Landwirtschaft. Den einmalig autoritativer Weise ist anerkannt worden, daß alle Bauern unter 12 Hektar, d. h. 76 %, der landwirtschaftlichen Bevölkerung, keinen Vorteil, sondern durch die Verwertung ihrer Lebenshaltung nur Schaden von der Agrarpolitik haben. (Lebh. Hört! Hört! b. d. Soz.) Schon vor 6 Jahren hat hier mein Freund Singer ausgeführt, daß 15 Oester der Nation fast 2 1/2 Millionen pro Jahr allein aus der deutschen Zollpolitik zogen. Singer fügte sich bei seinen Ausführungen auf den Nationalökonom Konrad. — Er von den Agrariern durchgeführte Aufhebung des Identitätsnachweises führt dazu, daß wir mit einer wachsenden nicht sozialdemokratische Getreidefirma aus Schwaben schreibt, daß jetzt in der Zeit der Getreideteuerung hunderte von Waggons deutschen Getreides nach Ausland gehen. (Lebh. Hört! Hört! b. d. Soz.) So haben denn auch die Bestimmungen, Wähler des Abgeordneten Lammann, die Wiedereröffnung des Identitätsnachweises sowie die Aufhebung aller Getreideausfuhrungsvergünstigungen verlangt. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Das Handbuch des Bundes der Landwirte gibt ja übrigens mit erquidender Offenheit zu, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises als Exportprämie wirken soll. Sie hat als solche gewirkt. In den ersten Jahren nach Aufhebung des Identitätsnachweises hat sich die Ausfuhr vertausendfacht. (Lebh. Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein schöner Beitrag zum Kapitel Vaterlandsliebe, daß man im Auslande das Getreide billiger verkauft als dem eigenen Volke. Überhaupt verkaufen ja auch die deutschen Großindustriellen ihre Kanonen und Panzerplatten billiger an das Ausland als an Deutschland, wohl damit die deutschen Soldaten möglichst billig abgeschossen werden können. (Sehr gut! b. d. Soz.) — Wie Brot und Fleisch, so werden auch die Rohmaterialien für das Handwerk verteuert. Auch ein nettes Etappen konservativer Mittelstandspolitik. Der sächsische Minister des Auswärtigen hat neulich tröstend auf das Ausland verwiesen, hat die Teuerung eine vorübergehende Erscheinung genannt und von einer „kolossalen“ Erhöhung der Löhne gesprochen. Aber was bedeutet die etwaige Lohnerhöhung, wenn in Sachen gerade für die ärmsten, kinderreichen Familien eine Mehrausgabe allein für Brot von über 87 Mk. pro Jahr entsteht. (Hört! Hört! b. den Soz.) Wir wissen nicht, wie tief das Existenzminimum gedrückt sein muß, bis das einem sächsischen Minister die Lage unerträglich erscheint. Wenn die Löhne gestiegen sind, so ist das sicher nicht dem Staate und den Unternehmern zu verdanken, sondern der kräftigen Organisation bei den Arbeitern. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Und wie lächerlich geringfügig nehmen sich die Lohnerhöhungen aus, verglichen mit den geradezu ungeheuerlichen Profiten, die die Unternehmer in diesen Jahren des Aufschwungs eingehemitt haben. Daß auch die Großgrundbesitzer an diesen Profiten gründlich teilgenommen haben, zeigt die Verdreifachung der Preise, die die Generalkommission in Westpreußen zahlt. Ich entnehme das einer Veröffentlichung der westpreussischen Landwirtschaftskammer, also doch gewiß einer sehr unverdächtigten Quelle. Freilich will die Kammer die hohen Preise gerade mit der Not der Landwirtschaft erklären. (Lachen b. d. Soz.) — Früher nahmen die freimüthigen Stellung gegen die Brotverteuerungen. Nach der schwächlichen Stellungnahme aber des Abg. Wiemer auf dem letzten freimüthigen Parteitag und nachdem ein freimüthiger sächsischer Landtagsabgeordneter die Verdienste des Abg. Eugen Richter um das Zustandekommen des neuen Zolltarifs gepriesen hat (Hört, hört! b. d. Soz.), glaube ich nicht mehr an eine ernsthafte Bekämpfung der agrarischen Politik durch die freimüthigen. Herr Naumann hat im „März“ einen Artikel geschrieben, dessen Quintessenz darauf hinausläuft, daß ohne Gefährdung des Blocks den Agrariern ihr Zollraub — Herr Naumann spricht ausdrücklich von Raub (Hört, hört! b. d. Soz.) — nicht entzogen werden kann. Wo Raub ist, da sind auch Räuber, und es ergibt sich also, daß der ganze Block eine verteilte Räuberbande ist. (Gr. Heiterkeit.) Wir wissen ja auch, wie gelinde die freimüthigen auf ihren letzten Parteitagen die Zollpolitik bekämpft haben. In der nächsten Zeit jedenfalls wird es nur die sozialdemokratische Partei sein, die energig die Zollpolitik bekämpfen wird. Schon werden neue Schiffe, d. h. neue Mittel zum Töten verlangt, während wir Mittel zum Leben verlangen. (Zust. b. d. Soz.) — Wir verlangen Aufhebung der schändlichen Bestimmungen der Fleischschau, Beseitigung der Gebühren für Untersuchung des ausländischen Fleisches und Wiedereinführung des Identitätsnachweises. Wir sind gespannt, ob der Staatssekretär den Wünschen des Volkes, denen wir Ausdruck gegeben haben, Rechnung tragen wird. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg: Auch der Reichskanzler beklagt die Teuerung. Die Reichsverwaltung hat die Entwicklung der Getreidepreise mit Aufmerksamkeit verfolgt und beurteilt die Gesamtlage unter folgenden Gesichtspunkten: die lebhafteste Inanspruchnahme und zum Teil überspannung der industriellen Entwicklung der letzten Jahre hat zu einem Arbeitermangel auf dem Lande geführt. Nicht um die Löhne zu drücken (Lachen b. d. Soz.), sondern um den sonst nicht gedeckten Bedarf an Arbeitskräften zu befriedigen (Zust. rechts), sind Arbeiter aus dem Auslande herangezogen worden. Die Löhne haben erfreulicherweise in den letzten Jahren eine steigende Tendenz gehabt, deren Ursachen ich hier nicht weiter untersuchen will. Die breitesten Schichten der Bevölkerung haben Gelegenheit gehabt, ihren Lebenszustand zu verbessern. (Widerpruch b. d. Soz.) Die Landwirtschaft hat davon insofern Vorteil gehabt, als ihre Kaufkraft gehieft worden ist. Sie ist der beste Abnehmer für Industrie und Handel. (Sehr richtig! rechts.) Sie leidet aber unter dem Arbeitermangel und sieht dadurch ihre Produktionskosten wachsen. Dieser Punkt muß mit Nachdruck betont werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Höhe der Getreidepreise hängt zudem von sehr komplizierten Faktoren ab. Wir sind uns alle darüber einig, daß das Leben nach allen Richtungen hin teurer geworden ist. Der Vorredner will das auf eine angebliche systematische Ausplünderung zu

ten indes wiederholt gescheitert und endlich entdeckt und bestraft. Die Hamburger hatten sich durch den Gedanken beruhigt, daß niemand das Gewölbe zu öffnen vermöge, wenn er nicht die rechten Schlüssel habe. Jetzt war es auch ohne die rechten Schlüssel geöffnet; was alle für unmöglich gehalten hatten, war dennoch geschehen. Hunderte von Bürgern kamen, um sich die erbrochenen Türen, Schlösser und Eisenkästen anzusehen. Die Polizei hatte an die leeren Kästen doppelte Wachen aufgestellt, als ob die Diebe wiederkommen würden. Strenge Untersuchungen und Verhaftungen mehrerer Juden wurden vorgenommen, ohne daß dies zu dem geringsten Resultate führte. Der Schrecken und die Aufregung der Hamburger wuchs. Auch von anderen Städten kamen die Nachrichten großer und unruhiger Diebstähle — namentlich aus Braunschweig, und alle waren auf dieselbe Weise ausgeführt. In Braunschweig war in dem Gewölbe der dortigen Catharinenkirche, in mehreren eiserne Kästen verpackt, der äußerst wertvolle Nachlaß einer Generalin von Chemnitz bewahrt. Die Fenster des Gewölbes waren mit doppelten eisernen Gittern versehen und noch dazu inwendig mit einem eisernen Gittern versehen und zwei eisernen Winterriegeln. Die in das Gewölbe führende Tür war von dicken eisernen Brettern und in der Mitte, wo das Schloß sich befand, verdoppelt. Das blinde Schloß war mit sechs Keifen versehen und der Schlüssel zu demselben war fast eine halbe Elle lang. Unwichtig hing noch ein Vorhängeschloß, ein Meisterstück des Schlossers, das nur mit zwei kunstvollen Schlüsseln geöffnet werden konnte. Dieser starken Verwahrung ungeachtet waren eines Morgens von den sechs eisernen Kästen, die im Gewölbe standen, acht rein ausgeplündert und zwei ganz verschwunden, alle von den Dieben fortgetragen. Weder an dem blinden Schloße, noch an dem Vorhängeschloße, noch an der Tür und dem Gitterwerk war das geringste Zeichen einer Gewalt zu bemerken. Die Schlüssel zum Gewölbe hatte der Küster der Kirche nicht eine Minute lang aus seinen Händen gegeben und die erprobte Ehrlichkeit des Küsters selbst ließ nicht den geringsten Zweifel aufkommen. (Fortsetzung folgt.)

Er geht auf zwei Kinder, welche sich in dem Gewölbe befinden. Dem größten der Kinder, einem Knaben, der etwa 10 Jahre alt ist, wird ein Schlüssel gegeben, um die Tür zu öffnen. Der Knabe geht hin und öffnet die Tür. Die Kinder gehen hinein und sehen die erbrochenen Kästen. Sie sind sehr erstaunt und gehen zurück. Die Polizei kommt und verhaftet die Kinder. Die Eltern werden ebenfalls verhaftet. Die Polizei sucht die Diebe, aber findet keine. Die Kinder werden freigelassen, die Eltern werden freigelassen. Die Polizei sucht die Diebe, aber findet keine. Die Kinder werden freigelassen, die Eltern werden freigelassen.

